

Niederschrift

der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 19.10.2023

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:35 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Blechschmidt bis 18:46 Uhr Herr Hagemann
Schriftführer/in:	██████████

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen- Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 31.08.2023	2132/23
4.	Dringliche Angelegenheiten	
4.1.	Einbürgerung - Handreichung für Beratungsstellen? Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Röttsch hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport	2036/23

5. Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik von 2022 mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen
BE: Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt
hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt
6. Diskussion zur Polizeilichen Kriminalstatistik von 2022 mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen
BE: Mitglieder des Ausschusses
hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt
Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt
Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport
7. Behandlung von Anfragen
- 7.1. Grundstücksankauf zum Feuerwehrbedarfsplan **1724/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport
- 7.2. Ankündigung der Videoüberwachung durch den Oberbürgermeister im Rahmen der Verkündung seiner Kandidatur – nachgefragt **1756/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen. Beigeordneter Sicherheit, Umwelt und Sport
- 7.3. Stand der Umsetzung der Drucksache 2187/22 – Mehr Mitbestimmung für die Ortsteile **2021/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt
- 7.4. Umsetzung Modellprojekt Awarenesssteams in Erfurter Parks **2048/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport
BÄMM! Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 8. | Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates | |
| 8.1. | Zeit für Sicherheit
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport | 1818/23 |
| 8.1.1. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1818/23 - Zeit für Sicherheit | 1878/23 |
| 8.1.2. | Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1818/23 – Zeit für Sicherheit | 2184/23 |
| 8.2. | Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskriminierung/ Beitritt ECCAR
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister | 1821/23 |
| 8.3. | Änderung des Beschlusses zur DS 0286/09 - Maßnahmenpaket zur Förderung des Ehrenamtes Feuerwehrmann/-frau
BE: Vertreter der Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport | 2136/23 |
| 9. | Festlegungen des Ausschusses | |
| 9.1. | Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 31.08.2023 zum TOP 5.2 DS 1216/23 Verspätete Bezahlung der Erfurter Feuerwehren hier: nicht besetzte Stellen
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport | 1943/23 |
| 10. | Informationen | |
| 10.1. | Quick Wins zu nächtlichen Nutzungskonflikten in Erfurter Parkanlagen
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport | 2019/23 |
| 10.2. | Mündliche Informationen | |
| 10.3. | Sonstige Informationen | |

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-
Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., eröffnete die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt und stellte die form- und fristgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es waren neun stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt teilte mit, dass die Drucksache 2036/23 – "Einbürgerung – Handreichung für Beratungsstellen?", Fragesteller Fraktion Mehrwertstadt, Frau Röttsch in Dringlichkeit in die Tagesordnung aufgenommen werden soll.

Frau Röttsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, begründete die Aufnahme in die Tagesordnung mit der nicht fristgerechten Beantwortung der Anfrage. Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, sprach sich gegen die Aufnahme der Drucksache in die Tagesordnung aus und begründete dies mit der Nichtzuständigkeit des Stadtrates in der Sache, da die Angelegenheit dem übertragenen Wirkungskreis zuzurechnen ist.

Anschließend stellte der Ausschussvorsitzende die Drucksache zur Abstimmung, diese wurde mit der erforderlichen 2/3 Mehrheit bestätigt.

Somit wird die Drucksache 2036/23 in die Tagesordnung aufgenommen und unter dem TOP 4.1 beraten.

Des Weiteren teilte der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt mit, dass zum Tagesordnungspunkt 8.1.2 mit Drucksache 2333/23, Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/84 – Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/23 – Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1818/23 Zeit für Sicherheit- ein nicht fristgerecht eingereichter Antrag vorliegt. Der Ausschuss möge nun entscheiden, ob eine Beratung des Antrages unter dem Tagesordnungspunkt 8.1.2., zugelassen werden kann:

bestätigt: Ja 9 Nein 0 Enthalten 0

Die Drucksache wird unter den Tagesordnungspunkt 8.1.2.mitberaten.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, die folgenden Tagesordnungspunkte auf die nächste Sitzung des Ausschusses am 30.11.2023 zu vertagen.

- Tagesordnungspunkt 7.4 DS 2048/23 – Umsetzung Modellprojekt Awareness-Teams in Erfurter Parks
- Tagesordnungspunkt 10.1 DS 2019/23 – Quick Wins zu nächtlichen Nutzungskonflikten in Erfurter Parkanlagen.
Da die Tagesordnungspunkte 7.4 und 10.1 gemeinsam beraten werden sollten, stimmte der Einreicher der Drucksache der Vertagung zu.
- Tagesordnungspunkt 8.2 – DS 1821/21 – Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskriminierung / Beitritt ECCAR

Der Ausschussvorsitzende bat darum, den Gästen des Kriminalpräventiven Rates für den Verlauf des öffentlichen Teils der Sitzung das Rederecht zu gewähren.

Das Rederecht für die Gäste des Kriminalpräventiven Rates wurde **einstimmig** erteilt.

Abschließend stellte der Ausschussvorsitzende, Herr Blechschmidt, die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

bestätigt: Ja 10 Nein 0 Enthalten 0

3. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 31.08.2023 2132/23

Die Niederschrift wurde genehmigt.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

Beschluss

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt vom 31.08.2023 wird genehmigt.

4. Dringliche Angelegenheiten

4.1. Einbürgerung - Handreichung für Beratungsstellen? 2036/23
Fragesteller: Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, Frau Rötsch
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Der Tagesordnungspunkt wurde nach dem Tagesordnungspunkt 6. beraten.

Frau Rötsch, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, erklärte, dass in der Anfrage inhaltlich darauf hingewiesen wurde, dass die Migrationsberatungsstellen nicht optimal laufen. Sie wies

darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage keine Grundlage für eine gute Zusammenarbeit darstellt. Sie bat darum, dass Thema ernst zu nehmen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, verwies auf die rechtliche Auffassung der Verwaltung. Des Weiteren erklärte er, dass es bereits Gespräche mit den Beratungsstellen sowie dem Dezernat Soziales, Bildung und Jugend und dem Dezernat für Sicherheit, Umwelt und Sport gibt. In diesen Gesprächsrunden wird auch die Thematik der Migrationsberatungsstellen diskutiert.

zur Kenntnis genommen

- 5. Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik von 2022 mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen**
BE: Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt
hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt begrüßte die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt, den Leitenden Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Erfurt sowie die weiteren anwesenden Gäste des Kriminalpräventiven Rates.

Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt erklärte einleitend, dass die Landespolizeiinspektion Erfurt für die Landeshauptstadt Erfurt und den Landkreis Sömmerda zuständig sei. Des Weiteren informierte sie die Ausschussmitglieder darüber, dass die polizeiliche Kriminalstatistik in diesem Jahr gemeinsam mit der Unfallstatistik vorgestellt werde. Sie fügte hinzu, dass die gezeigte polizeiliche Kriminalstatistik nicht das aktuelle Bild widerspiegelt, es handelt sich lediglich um die Erfassung der Fälle, von denen die Landespolizeiinspektion Erfurt Kenntnis erlangt habe. Die aufgeführten Fälle wurden der Stadt Erfurt und dem Landkreis Sömmerda zugeteilt, des Weiteren wurde jeweils der Anteil der weiblichen, männlichen und nicht deutschen Tatverdächtigen dargestellt. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt führte aus, dass zwar im Jahr 2022 ein Rückgang der Straftaten festzustellen sei, dies gelte für 2023 allerdings nicht mehr. Hier sei ein Anstieg bei der räuberischen Erpressung zu vermerken. Auch Rauschgiftdelikte seien für Erfurt weiterhin ein bestimmendes Thema, dies liegt an der geografischen Lage der Landeshauptstadt innerhalb Deutschlands. Auch im Bereich der Verbreitung von pornografischen Inhalten sei eine Zunahme der Straftaten zu verzeichnen. Hier arbeitet die Landespolizeiinspektion Erfurt eng mit dem Bundeskriminalamt zusammen. Insgesamt sei die Ermittlungsarbeit sehr aufwendig. Weitere Zunahmen von Straftaten seien bei der Körperverletzung und den Landdiebstählen zu verzeichnen. Positiv sei, dass es im Jahr 2022 keine Straftaten gegen das Leben gab. Zu Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit kommt es meistens in der Nähe von Discotheken oder Clubs. In diesem Zusammenhang ging die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt auf die Durchsuchung im Kalif Storch und das eingesetzten Awareness-Team, die im Anschluss geführten Gespräche und die weiteren geplanten Gespräche mit anderen Betreibern von Discotheken bzw. Clubs ein. Im Bereich der Diebstahldelikte wies sie darauf hin, dass die Polizei hier auch präventiv agiere, um Diebstähle zu vermeiden. Des Weiteren ging sie auf die Vermögens- und Fälschungsdelikte, die

Rauschgiftdelikte und die sonstigen Straftatbestände wie z.B. Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ein. Hier merkte sie an, dass das Verständnis einiger Bürger für die Polizei gering sei. Die Sachbeschädigung durch Graffiti ist minimal gesunken, allerdings ist die Zahl der Sachbeschädigungen durch Feuer ebenso gestiegen, ebenso wie die Delikte bei häuslicher Gewalt. Vertiefend ging sie auf die Raubdelikte am Anger im Zeitraum vom 29.09.2022 - 21.11.2022 sowie zwei Festnahmen nach Telefontrickbetrug ein. Sie verwies auf die politisch motivierten Straftaten und die aktuelle politische Lage, welche durchaus auch Auswirkungen auf politisch motivierte Straftaten haben.

Abschließend stellte sie noch die Verkehrsunfallstatistik für 2022 vor, welche die Hauptunfallursachen beinhalten und untergliedert ist, in Alkohol und Drogen im Straßenverkehr, Unfälle mit Krafträdern, Radfahrern, Pedelecs, E-Scootern, Fußgängern sowie Unfälle mit Straßenbahnen und Bussen. Des Weiteren ging sie auf die Unfallstatistik der Jungfahrenden (18 -25 Jahre) und der Senioren (65 Jahre und älter) ein.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt bedankte sich im Namen des Ausschusses für die umfangreiche Präsentation¹..

6. Diskussion zur Polizeilichen Kriminalstatistik von 2022 mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen
BE: Mitglieder des Ausschusses
hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt
Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt
Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Im Anschluss an die Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden folgende Fragen durch die Ausschussmitglieder gestellt:

- Herr Poloczek-Becher, Fraktion FREIE WÄHLER/FDP/PIRATEN und Ortsteilbürgermeister Vieselbach, bedankte sich für die Ausführungen und die gute Arbeit der Polizei. Hierbei betonte er die erfolgreiche Arbeit und Zusammenarbeit mit dem Kontaktbereichsbeamten für den Ortsteil Vieselbach. Aufgrund seiner Erfahrungen als Straßenbahnfahrer, bat er die Polizei, gerade im Bereich der Bahnhofstraße bzw. der Bahnstufunterführung stärker auf Radfahrer einzugehen, welche sich nicht an die Vorschriften halten würden. Des Weiteren thematisierte er einen Einbruch in seinem Büro, wo er drei Stunden auf das Eintreffen der Polizei gewartet habe und anschließend selber verdächtigt wurde. Abschließend erkundigte er sich, ob Gespräche mit den Wohnungsbaugenossenschaften geführt werden, um die Sicherheitsdienste aufzustocken.
- Herr Hose, Fraktion CDU, bedankte sich für den Vortrag und die geleistete Arbeit der Polizei. Er verwies auf eine Schulung von Senioren, auf welcher darauf hingewiesen wurde, dass bei Verdacht einer Straftat auch die zuständige Dienststelle angerufen werden kann. Allerdings sei den Senioren aufgefallen, dass die zuständige Dienst-

¹ Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

- stelle oft nicht zu erreichen sei. Er fragte nach, ob nicht es nicht sinnvoller sei, direkt die 110 anzurufen.
- Herr Mühlmann, Fraktion AfD, bedankte sich für den Vortrag und fragte nach, warum in der aktuellen Kriminalstatistik nicht explizit auf den Erfurter Anger eingegangen wurde, schließlich hätte sich die Anzahl der Diebstähle verdoppelt. Er erkundigte sich nach den Ergebnissen aus den Gesprächen zwischen der Lenkungsgruppe des Kriminalpräventiven Rates und der Verwaltung und deren Umsetzung. Herr Mühlmann wies darauf hin, dass 32,2 % der Tatverdächtigen keine deutschen Staatsbürger seien und fragte nach, was oder wie die Polizei diesen Trend stoppen wolle. Er erkundigte sich nach der Feststellung von Sachbeschädigung durch Graffiti (hier Beleidigungen gegen Polizisten). Herr Mühlmann hinterfragte zudem die Wirksamkeit des Präsenzkonzeptes auf dem Anger.
 - Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für den Vortrag und verwies auf die großen Herausforderungen bei der Polizeiarbeit. Er fügte hinzu, dass neben der Arbeit der Polizei auch die Vertrauensarbeit verankert werden müsse. Des Weiteren wies er darauf hin, wie wichtig Präventionsarbeit sei, auch im Hinblick auf den Ausstieg beim Drogenkonsum. Das Thema Clubkultur sei sehr komplex, hier wünsche er sich einen Leitfaden. Gern hätte er auch die Zahlen zum Thema Hasskriminalität. Er äußerte, dass die ständige Debatte über den Anger, diesem nur schade.
 - Herr Frenzel, Fraktion SPD, bedankte sich für den Vortrag und verwies auf die geringe Aufklärungsquote bei Einbrüchen. Er fragte, welche konkreten Maßnahmen unternommen werden, um diese Einbrüche zu verhindern bzw. welche Maßnahmen werden unternommen, um diese besser aufzuklären. Bezugnehmend auf die Verkehrsumfälle erkundigte er sich nach dem Zusammenhang zwischen Drogenkonsum und Unfallgeschehen. Des Weiteren wies er darauf hin, dass viele 65-jährige noch im Berufsleben stehen und bat daher darum, die Statistik auf Verkehrsunfälle auf 70 – 80-jährige auszuweiten.
 - Herr Blechschmidt, Fraktion DIE LINKE., äußerte, dass die Fahrtüchtigkeit nicht damit zusammenhänge, ob man noch im Berufsleben stehe oder nicht, vielmehr sei der Abbau des Gesundheitszustandes dafür zuständig.

Die vorgebrachten Nachfragen bzw. Anmerkungen wurden durch die Leiterin der Landespolizeiinspektion, den Beigeordneten für Sicherheit, Umwelt und Sport, Herrn Horn sowie die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates beantwortet bzw. bewertet. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion erklärte, dass in Bezug auf Einbrüche die Bürger sensibilisiert werden müssten. Herr Horn ergänzte, dass bereits regelmäßige Gesprächsrunden zwischen der Landespolizeiinspektion und dem Kriminalpräventiven Rat zu diesem Thema stattfänden. Auch seien bereits Kampagnen zu diesem Thema durchgeführt worden. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion bat darum, bei dem Verdacht einer Straftat lieber den Notruf 110 anzurufen, als die direkte Durchwahl der Dienststelle. Sie wies darauf hin, dass die Telefonanlage keine Besetztzeichen abgibt und so der Eindruck entstehen könnte, dass die Dienststelle unbesetzt sei. Die zuständige Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates erklärte wie es dazu kam, dass bei den Schulungen die Durchwahl der Dienststelle und nicht die Notrufnummer mitgeteilt wurde. Sowohl der Beigeordnete für Sicherheit, Umwelt und Sport als auch die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt antworteten, dass die kriminogenen Orte ein Dauerthema seien, auch im Kriminalpräventiven Rat. Des Wei-

teren erklärte Herr Horn, dass aus den dort geführten Gesprächen auch Maßnahmen abgeleitet bzw. umgesetzt werden. Z. Zt. werde unter anderem das Beleuchtungskonzept auf dem Anger überprüft. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt machte darauf aufmerksam, dass auch andere Bereiche bzw. Stadteile einer intensiven Bestreifung bedürfen. In Bezug auf die Reduzierung von Einbrüchen erklärte sie, dass die Bürger ihr Zuhause eigenständig überprüfen sollten. Hier sei zu beachten, dass Türen und Fenster geschlossen blieben, auslesbare Autoschlüssel nicht in der Nähe der Tür aufbewahrt würden und auch das Posten auf den Social-Medialkanälen (z. B. über Urlaubsreisen) vermieden werden sollten. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt schlug vor, im nächsten Jahr eine erweiterte Aufteilung in Bezug auf die Altersstruktur bei Verkehrsunfällen aufzunehmen. Bezüglich der Graffiti schäden merkte sie an, dass es keinen neuen Tatverdächtigen gäbe, auch sei die verbreiteten Beleidigungen gegen Polizisten immer noch reichhaltig im Stadtgebiet vorzufinden. Herr Horn ergänzte, dass es jährlich Aktionen gäbe, wo solche Graffiti entfernt würden, es sei diesbezüglich auch schon viel erreicht worden. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass Hassparolen, unabhängig gegen wen sie gerichtet seien, nicht akzeptabel seien. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt erklärte, dass der Anstieg der Straftaten auf dem Anger während der Ferien erfolgte. Zudem würde es nicht nur Straftaten auf dem Anger geben, sondern auch in anderen Stadtteilen der Landeshauptstadt. Sie verteidigte das Präsenzkonzept auf dem Anger und äußerte, dass dieses Konzept nachhaltig angelegt sei. Nur mit Hilfe dieses Konzeptes war es möglich, dass die Polizei schnell auf dem Anger war und eingreifen konnte. Herr Horn verwies auf die positive Resonanz in Bezug auf das Präsenzkonzept.

Herr Blechschmidt, Ausschussvorsitzender, bedankte sich für inhaltsreiche, umfangreiche und nachvollziehbare Beantwortung der Nachfragen und Anmerkungen. Er bat im Namen des Ausschusses darum, den Dank und die Grüße an die Kolleginnen und Kollegen weiter zu geben.

Herr Horn bedankte sich ebenfalls im Namen der Landeshauptstadt Erfurt für die hervorragenden Dienste der Landespolizeiinspektion Erfurt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Blechschmidt übergab die Sitzungsleitung an den Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Hagemann, Fraktion CDU.

7. Behandlung von Anfragen

- 7.1. Grundstücksankauf zum Feuerwehrbedarfsplan 1724/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr
Robeck
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und
Sport

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Beantwortung der Anfrage und erkundigte sich nach den Ergebnissen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit Umwelt und Sport, erklärte, dass bereits Gespräche geführt werden und auch die Machbarkeitsstudie für eine 3. Halle wurde bereits in Auftrag gegeben.

Die Ausschussmitglieder einigten sich auf folgende Festlegung:

<p>Bezug nehmend auf die Beantwortung der Anfrage DS 1724/23 – Grundstücksankauf zum Feuerwehrbedarfsplan – bat Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Ausschuss darüber zu informieren, wenn zur Frage 1 konkrete Ergebnisse vorliegen:</p> <p>1. Wie viele Grundstücke für Zusammenschlüsse oder Erweiterungen (Bezugnehmend auf den Feuerwehrbedarfsplan) wurden identifiziert.</p> <p>V: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport T. zur gegebenen Zeit</p>	<p>DS 2340/23</p>
---	-------------------

zur Kenntnis genommen

- 7.2. Ankündigung der Videoüberwachung durch den Oberbürgermeister im Rahmen der Verkündung seiner Kandidatur – nachgefragt 1756/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beigeordneter Sicherheit, Umwelt und Sport

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich für die Beantwortung der Anfrage und merkte kritisch an, dass im Stadtrat das Thema Videoüberwachung diskutiert werden soll, aber Anfragen zu diesem Thema immer mit dem Verweis auf den Übertragenen Wirkungskreis beantwortet würden.

zur Kenntnis genommen

- 7.3. Stand der Umsetzung der Drucksache 2187/22 – Mehr Mitbestimmung für die Ortsteile 2021/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen: Beauftragter für Ortsteile und Ehrenamt

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die in der Stadtratssitzung geführte Diskussion und bat darum den Beschluss des Stadtrates umzusetzen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, erklärte, dass am 21.11.2023 der erste Dialog zur Erarbeitung der Leitlinien stattfinden werde.

Herr Hose, Fraktion CDU, erläuterte, dass die Bürger in den Ortsteilen verärgert und frustriert seien, leider sei der Vorschlag seiner Fraktion im Stadtrat abgelehnt worden.

Herr Robeck fügte hinzu, dass er den Frust und Ärger nachvollziehen könne, trotzdem sei er der Überzeugung, dass der im Stadtrat gefasste Beschluss in Drucksache 2187/22 das bessere Konzept sei.

zur Kenntnis genommen

- 7.4. Umsetzung Modellprojekt Awarenesssteams in Erfurter Parks 2048/23**
Fragesteller: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Robeck
hinzugezogen:
Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport
BÄMM! Beteiligungsstruktur für junge Menschen in Erfurt

Siehe Tagesordnungspunkt 2 – Änderung der Tagesordnung.

vertagt

- 8. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates**
- 8.1. Zeit für Sicherheit 1818/23**
BE: Vertreter der Fraktion CDU
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Die Tagesordnungspunkte 8.1. 8.1.1. und 8.1.2. wurden gemeinsam mit der Drucksache 2333/23, Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/84 –Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/23 – Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1818/23 Zeit für Sicherheit - beraten.

Herr Hose, Fraktion CDU, ging noch einmal auf die eingereichten Änderungsanträge ein und äußerte sich zu den Problemen mit den Drucksachen. Er verwies auf die Videoüberwachung in Mannheim. Dort gäbe es keine messbaren Verdrängungseffekte bei den Straftaten. Allerdings sei die Gesetzeslage in Baden-Württemberg eine andere als im Freistaat Thüringen. Daher sei es sinnvoll, auf kommunaler Ebene für Sicherheit zu sorgen. Der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wolle mehr Prävention und keine Kameras. Er begrüßte, dass sich der Oberbürgermeister gegenüber der Videoüberwachung

geöffnet habe, bat aber trotzdem die Fraktion SPD ihren Änderungsantrag zurück zu ziehen. Er wies darauf hin, dass sich die Fraktion CDU, bei der Erarbeitung der Drucksache rechtliche Beratung geholt habe. Abschließen bat er um Zustimmung für den Antrag der CDU Fraktion.

Herr Frenzel, Fraktion SPD, begründete die Änderungsanträge in Drucksache 2184/23 und 2323/23 der SPD-Fraktion und äußerte seinen Unmut darüber, dass bei der Stellungnahme der Verwaltung zum Beschlusspunkt 02 auf den übertragenen Wirkungsbereich verwiesen wurde. Der Beschlusspunkt 06 in der Drucksache 2184/23 soll gestrichen werden. Er wies darauf hin, dass es wichtig sei, nicht nur die Videoüberwachung zu sehen, da nicht bewiesen sei, dass mit Videoüberwachung Straftaten verhindert werden könnten. Die Anzahl der Diebstähle sei dadurch nicht weniger geworden. Mit dem Änderungsantrag der Fraktion SPD solle es Aufklärung und Sicherheit geben.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, sprach sich für die Wirksamkeit der Videoüberwachung aus und stimmte den Ausführungen von Herrn Hose zu. Auch schloss er sich den Worten von Herrn Frenzel an, dass Videoüberwachung allein nicht ausreiche.

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte, dass er die Debatte leid sei und zeigte sich dankbar über die Darstellung von Mannheim. Dieses sei allerdings nur Symbolpolitik, da dieses Projekt in Erfurt nicht umsetzbar sei. Er erkundigte sich nach dem Gutachten über die Wirksamkeit von Videoüberwachung. Bei Nachfragen zu diesem, werde er allerdings immer auf den übertragenen Wirkungsbereich hingewiesen. Ohne dieses Gutachten mache es für ihn keinen Sinn weiter über dieses Thema zu diskutieren.

Frau Hantke, Fraktion Freie Wähler/FDP/PIRATEN, äußerte, dass sie froh sei, wenn die Videoüberwachung komme. Des Weiteren gab sie zwei Vorfälle an, in denen ihr Sohn überfallen wurde.

Frau Stange, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass sie nicht davon überzeugt sei, dass die Videoüberwachung die Lösung sei. Sie verwies auf die Kraftanstrengungen in Bezug auf die Videoüberwachung in den Straßenbahnen. Hier sei es trotz Videoüberwachung nicht zu weniger Straftaten gekommen.

Herr Horn, Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport, informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass intensiv an der Thematik Videoüberwachung gearbeitet werde. Hierzu sei er bereits in Halle/Saale gewesen. Des Weiteren wird er sich die Videoüberwachung in Leipzig anschauen. Auch Gespräche mit dem Innenminister des Freistaates Thüringen habe er bereits geführt. Die Beleuchtung auf dem Anger sei ein weiterer Punkt und werde ebenfalls geprüft und ggf. angepasst. Die Videoüberwachung auf dem Anger stellt nur einen Baustein von vielen dar. Bezugnehmend auf das von Herrn Robeck angesprochene Gutachten erklärte er, dass es dieses nicht gebe, hier sei etwas falsch interpretiert worden.

Der Referent des Bereiches Oberbürgermeister ging noch einmal auf den Änderungsantrag der Fraktion SPD ein und erklärte, dass sich dieser im Grenzbereich zum übertragenen Wirkungsbereich befände. Daher sei es ratsam, behutsam damit umzugehen und sich diesen noch

einmal genau anzuschauen. Der Beigeordnete für Sicherheit, Umwelt und Sport schloss sich dem an und schlug vor, sich nach der Sitzung noch einmal zusammen zu setzen.

Herr Frenzel fügte hinzu, dass die Fraktion SPD den Beschlusspunkt 05 gern in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung übernehmen würde, allerdings sollte der Beschlusspunkt 03 so beibehalten werden.

Herr Hose wies darauf hin, dass in der Stellungnahme der Verwaltung zur Drucksache 2333/23 stehe, dass der Beschluss beanstandet werde. Er erklärte erneut, dass Videoüberwachung bei der Aufklärung von Straftaten behilflich sein könnte. Er hinterfragte, wie es erklärbar sei, dass Bürger in der Straßenbahn per Video überwacht würden, dies aber auf dem dunklen Anger nicht möglich sei. Er schlug vor, davon Abstand zu nehmen, die Videoüberwachung immer nur schlecht zu reden.

Herr Mühlmann, Fraktion AfD, verwies auf die gestellten kleinen Anfragen im Thüringer Landtag zum Thema – Straftaten auf dem Anger-.

Herr Frenzel zog die Abstimmung der durch seine Fraktion eingereichten Drucksache 1818/23 zurück.

Da keine weiteren Anmerkungen oder Nachfragen vorlagen, stellte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Hagemann, der mittlerweile die Sitzungsleitung übernommen hatte, zuerst die Drucksache 1878/23 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 1 Nein 7 Enthalten 1 Befangen 0

Der Änderungsantrag der Fraktion SPD Drucksache 2184/23 in Fassung des Änderungsantrages Drucksache 2333/23 wurde nicht durch die Ausschussmitglieder votiert.

Abschließend stelle der stellvertretende Ausschussvorsitzende die Drucksache 1818/23 zur Abstimmung:

bestätigt Ja 4 Nein 2 Enthaltung 3 Befangen 0

8.1.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1818/23 - Zeit für Sicherheit 1878/23

Die Tagesordnungspunkte 8.1. 8.1.1. und 8.1.2. wurden gemeinsam mit der Drucksache 2333/23, Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/84 –Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/23 – Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1818/23 Zeit für Sicherheit - beraten.

abgelehnt

8.1.2. Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1818/23 – Zeit für Sicherheit 2184/23

Die Tagesordnungspunkte 8.1. 8.1.1. und 8.1.2. wurden gemeinsam mit der Drucksache 2333/23, Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/84 –Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 2184/23 – Antrag der Fraktion SPD zur Drucksache 1818/23 Zeit für Sicherheit - beraten.

kein Votum

8.2. Kommunaler Aktionsplan Antirassismus und Antidiskriminierung/ Beitritt ECCAR 1821/23
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
hinzugezogen: Leiterin des Bereiches Oberbürgermeister

Siehe Tagesordnungspunkt 2 – Änderung der Tagesordnung.

vertagt

8.3. Änderung des Beschlusses zur DS 0286/09 - Maßnahmenpaket zur Förderung des Ehrenamtes Feuerwehrmann/-frau 2136/23
BE: Vertreter der Fraktion SPD
hinzugezogen: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Herr Frenzel, Fraktion SPD, erklärte, dass seine Fraktion sich der Stellungnahme der Verwaltung anschließe.

Somit stellte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Hagemann die Drucksache 2136/23 in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung zur Abstimmung:

bestätigt mit Änderungen Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

9. Festlegungen des Ausschusses

9.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 31.08.2023 zum TOP 5.2 DS 1216/23 Verspätete Bezahlung der Erfurter Feuerwehren hier: nicht besetzte Stellen 1943/23
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Herr Frenzel, Fraktion SPD, erklärte, dass er als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr bestätigen könnte, dass die Zahlungen nun zeitnah erfolgen.

zur Kenntnis genommen

10. Informationen

- 10.1. Quick Wins zu nächtlichen Nutzungskonflikten in Erfurter Parkanlagen 2019/23**
BE: Beigeordneter für Sicherheit, Umwelt und Sport

Siehe Tagesordnungspunkt 2 – Änderung der Tagesordnung.

vertagt

10.2. Mündliche Informationen

Mündliche Informationen lagen nicht vor.

10.3. Sonstige Informationen

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. A. Blechschmidt
Vorsitzender

gez. D. Hagemann
stellv. Ausschussvorsitzender

gez. Seidel
Schriftführer/in